



Schulbus-Gelder

Kein Mensch versteht noch die chaotischen Entscheidungsprozesse in der Großen Koalition. **Seite 4**



Mindretals-status

Landsregeringen har fremlagt sin mindretalsberetning 2003-2007. **Side 7**



Kindergesundheit

Zu viele Kinder in Schleswig-Holstein leben ungesund. **Seite 9**



EFA will den SSW

Die Allianz der europäischen Minderheiten- und Regionalparteien möchte den SSW als Mitglied. **Seite 14**

Fotos re.: dpa, Montage: SSW

Fotos li.: dpa, FL Avis Sundhedsti, SSW



Wie lange noch?

Die Große Koalition ist am Ende. Politische Astrologen prophezeiten schon Neuwahlen am 25. Mai 2008 und selbst konservative Zeitungen fordern mittlerweile ein vorzeitiges Ende des streitbaren Regierungsbündnisses. Carstensen und Stegner wollen aber trotz der Eiszeit (offiziell) noch nicht aufgeben.

Lars Harms fühlte sich an ein indisches Sprichwort erinnert: "Wo Elefanten sich bekämpfen, hat das Gras den Schaden. Es ist höchste Zeit, dass die CDU und die SPD getrennt werden, bevor sie Schleswig-Holstein noch größeren Schaden zufügen und den letzten Rest an Respekt vor der Landespolitik platt gewalzt haben", warnte der SSW-Abgeordnete nach der November-Krise der Großen Koalition.

Parteinteressen statt Politik

Mittlerweile scheint es den großen Parteien aber längst nicht mehr um das Land zu gehen, sondern nur noch

um den richtigen Zeitpunkt für einen Ausstieg. Denn in der Sache werden sich CDU und SPD nur mit allergrößter Mühe überhaupt noch über irgendetwas einig.

Koalition in Flammen

Längst brennt es auch jenseits der drei Großen Streitthemen Kreisreform, Schülerbeförderung und Schulpolitik. Selbst bei verhältnismäßig "kleinen" Fragen wie dem Nichtraucherschutz entstehen schon große Konflikte. "In jeder einzelnen Sachfrage müssen CDU und SPD große Umwege gehen, bevor sie zu haltbaren Entscheidungen

kommen. Mit so einem Hin-und-Her kann man kein Land ordentlich regieren", sagt Anke Spoorendonk.

Kein Wunder also, dass die Spekulationen über Neuwahlen mittlerweile bei jedem kleinen Konflikt ins Kraut schießen. Am häufigsten genannt: Der Tag der Kommunalwahl am 25. Mai. Sollte das Bündnis diesen Termin überstehen, dann droht spätestens im Herbst 2008 eine neue Superkrise. Dann müssen Carstensen und Stegner sich nämlich auf die Einsparungen im Haushalt 2009/2010 verständigen. Wie das gehen soll, weiß noch keiner.



Flemming Meyer
SSW-landsforbund

Kære venner...

2007 har været et om-tumlet år. Der er sket mangt og meget både i landspolitikken og i kommunerne. Og her i årets sidste dage ved vi rent faktisk ikke, hvad der venter forude.

Det er sikkert at vi har et kommunalvalg i maj og mange i SSW er allerede beskæftiget med at gøre sig tanker og forberede den kommende valgkamp. Men der er endnu stor usikkerhed omkring, om vi skal til urnerne en anden gang i det kommende år eller om vi skal aflevere to stemmesedler den 25. maj. Meget tyder på, at den store koalition ikke kan stå distancen til 2010. Og det kan jo heller ikke forundre dem, der til daglig i avisen følger

politikken i Kiel. Men vi ved endnu ikke, hvornår SPD eller endnu snarere CDU vælger at begære skilsmisse.

Hvis det virkelig kommer sådan, som flere og flere politiske astrologer spår, så får vi i 2008

brug for hver en hånd og hvert et hoved. Jeg håber, at alle vil være med til at SSW kan

komme igennem denne vanskelige situation med skindet på næsen.

Men først engang ønsker SSWs landsstyrelse jer alt godt for det kommende år og forhåbentlig også et par fredelige dage før 2008 starter for alvor.



Kom til SSWs Nytårsreception 2008

SSWs landsforbund inviterer til nytårsreception den 18. januar 2008 i Husum.

Den årlige fest for SSWs medlemmer, venner og bekendte finder denne gang sted i kongreshallen i Husum. Udover hygge og snak byder aftenen på SSWs traditionelle "roemos", swing-musik ved trioen "Sam Jones" og en festtale. Alle SSW-medlemmer er hjertelig velkomne.

Sædvanen tro vil der køre busser til receptionen. Tidspunkter og stoppesteder annonceres på "Kontakt"-siderne i Flensborg Avis den 10. januar.

SSWs nytårsreception 2008
18.01.2008, kl. 18.30
Kongresshalle Husum
Erichsenweg 23, Husum

tilmelding til landssekretariatet (se adresserne nede til venstre på siden) inden den 11.01.2007

SSW beder medlemmerne om bank-betaling

Det bliver stadig vanskeligere at finde tillidsfolk, der opsøger medlemmerne personligt og kasserer kontingent. Indkasseringen af SSW-bidraget på 18,50 Euro skal derfor fremover foregå via "Lastschriftverfahren"-systemet.

Alle SSWs medlemmer vil i løbet af foråret blive bedt om at udfylde en såkaldt "Einzugsermächtigung", så kontingentet fremover bliver trukket direkte fra deres

bankkonto i årets 2. kvartal. Distrikterne og amterne vil derefter modtage deres kontingentandel fra landssekretariatet.

Deltagelsen i den centrale kontingentopkrævning er selvfølgelig frivillig. Vi appellerer dog til medlemmerne om at gøre brug af denne mulighed, da det gør det væsentlig nemmere for distriktsbestyrelserne at klare deres frivillige arbejde for medlemmerne.

Impressum

Stimme des Nordens

Herausgeber:
SSW-Landesverband
Schiffbrücke 42
24939 Flensburg
Tel. 0461 144 08 310
info@ssw.de

Verantwortlich,
Redaktion & Layout:
Pressesprecher
Lars Erik Bethge
Druck: Flensburg Avis

Wer soll nun was mit wem tun?

Zwei Jahre doktert die Landesregierung an ihrem vermeintlichen Meisterstück herum: der Kreis- und Verwaltungsreform. Jetzt hat sie sich zu einem Kompromiss durchgerungen, der ziemlich planlos ist.

Bis 2012 bekommen die Kreise und kreisfreien Städte Zeit, um stärker zusammenzuarbeiten, Aufgaben zu teilen und dadurch Geld einzusparen. 37 bis 61 Millionen Euro sollen dabei herauspringen. Werden diese Ziele nicht erreicht, drohen Zwangsfusionen.



Die wahrscheinlichste Variante: Die drei Nordkreise bleiben erhalten. Flensburg fusioniert mit Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde mit Neumünster.

Die Nordkreise bleiben

Zukünftig sollen Kreise mindestens 180.000-200.000 Einwohner haben. Fusionierte Kreise dürfen aber nicht mehr als 2.500 Quadratkilometer groß sein. Damit sind die drei Nordkreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde aus dem Schneider, weil sie jeweils über 2.000 qkm groß sind. Einzige Konsequenz für den Norden wird also voraussichtlich sein, dass die kreisfreien Städte Flensburg und Neumünster in Kreise eingegliedert werden.

Diese Vorgaben, die die Landesregierung am 17. Dezember beschloss, sind aber das einzig Konkrete an dieser

Reform. Immer noch ist unklar, welche Aufgaben die neuen Kreise künftig übernehmen sollen. Die Reaktion des SSW-Vorsitzenden Flemming Meyer fiel entsprechend scharf aus: "Es widerspricht jeder Vernunft, dass die Regierung neue Strukturen schaffen will, ohne sagen zu können, welche Aufgaben diese Strukturen künftig wahrnehmen sollen."

Konzeptionelle Mängel

Diese Position wird von Experten bestätigt. So vermisst auch der Verfassungsrichter Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof in seinem Gutachten für die Landesregierung den "notwendigen konzeptionellen Zusammenhang" zwischen der Organisati-

onsänderung und der Aufgabenverlagerung.

Fusion als Selbstzweck

Im Klartext heißt das: Für die Landesregierung sind größere Kreise zum Selbstzweck geworden, denn sie hat noch keine klaren Vorstellungen, welche Aufgaben diese übernehmen sollen. Anke Spooren-donk warf der Regierung deshalb vor: es ging ihr von vornherein nicht darum, welche Ebene am besten welche Aufgaben wahrnimmt, sondern „darum, möglichst viel Saft aus der Zitrone zu pressen.“ Ob die Einsparungen sich wirklich in dieser Höhe aus den Kreisen herausholen lassen, ist noch ungewiss. Die Zahl von 37 bis 61 Millionen ist eine rein theoretische, die einem der fünf Regierungsgutachten entnommen ist.

Wie geht es jetzt weiter?

Die Landesregierung wird jetzt im Herbst 2008 einen

entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen, der bis April 2009 beschlossen werden soll. Die Kreise werden sich bemühen, viele Aufgaben gemeinsam wahrzunehmen und Doppelstrukturen zu vermeiden, um so Geld zu sparen und möglichst einer Fusion zu entgehen.

Für den SSW fällt das Urteil aber jetzt schon vernichtend aus: „Mit ihrer unsystematischen, chaotischen und teilweise auch überheblichen Vorgehensweise hat die Große Koalition eine wirklich nachhaltige Reform vergeigt. Nach diesen Erfahrungen wird sich lange keine Regierung mehr an eine Gebietsreform wagen, obwohl Schleswig-Holstein dringend neue Gemeindestrukturen braucht.“

Am Ende erfolgreich: Auch der SSW hat sich in der Initiative für den Erhalt des Kreises Nordfriesland stark gemacht.



Erfolgreicher Protest gegen die brachiale Kreisreform in Mecklenburg-Vorpommern: Nach einem dortigen Gerichtsurteil im Juni 2007 musste auch die SPD in Schleswig-Holstein ihren Traum von Großkreisen begraben.

Foto: dpa



Im Januar 2008 wird es den Kreisen freigestellt, Schulbusgebühren zu erheben und Lothar Hay (links) wird innenminister.

Die Große Koalition hat nun doch die Schulbusgebühren wieder gekippt. Nur: wer überblickt noch diesen Schlingerkurs und seine Folgen? - Wir stellen

dar, wie R. Stegner unter die Räder geriet, weshalb L. Hay wie die Jungfrau zum Ministeramt kam und wie P. H. Carstensen wundersam in Indien von Nordfriesen bekehrt wurde.

Januar 2007: Im Tausch gegen den Verzicht auf Studiengebühren akzeptiert die SPD, dass mit dem neuen

gig machen würde und der Dumme die CDU ist. Im Landtag stimmen die SPD-Abgeordneten aber gegen eine Aufhebung.



Am 17.11. erreicht Carstensen in Indien die Einsicht, dass man Eltern nicht mit Schulbussen überfordern darf.

Schulgesetz kommunale Schulbusgebühren eingeführt werden. Eine Elterninitiative protestiert gegen die Ungerechtigkeit. Auch der SSW erklärt: „Mit der Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten hat die Große Koalition ein indirektes Schulgeld für die Familien im ländlichen Raum eingeführt.“

Im **März spricht** sich der SPD-Landesparteitag gegen die Schulbusgebühren aus. Anschließend macht der neue SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner immer wieder deutlich, dass die SPD diesen Beschluss eigentlich sofort wieder rückgän-

Wiederholte Sticheleien Stegners lösen massiven Ehekrach in der Koalition aus. Im September droht die Koalition ganz zu platzen. Nach einer Krisenrunde muss Stegner am **26.09.** ankündigen,

dass er am 15.01.08. seinen Platz am Kabinetttisch räumt. Neuer Innenminister soll Lothar Hay werden, der eigentlich gar nicht in die



Stegner wird am 26.09. als Innenminister gefeuert - ab Januar. Er hatte gegen die Elternbeteiligung gewettert, an der die CDU eisern festhält.



Alle Fotos: dpa

Der große Umweg der Schulbusse

Regierung wollte - aber so kann Stegner Fraktionschef im Landtag werden. Darauf freut er sich, sagt er.

Die überraschende Wende bringen die Kreise: Schon am 14.06. hat der Kreistag Dithmarschens beschlossen, vorläufig keine entsprechende Satzung zu erlassen. Nun trifft der Kreistag Nordfriesland am **16.11.** die Entscheidung, keine Gebühren zu erheben. Der SSW-Vorsitzende Flemming Meyer ruft am 19.11. den Kreistag Schleswig-Flensburg zum Ungehorsam auf.

Da war die Irrfahrt aber schon gestoppt. Am **17. November** verkündet der Ministerpräsident überraschend aus Indien: zurück auf Start. Damit wird Carstensen zum Buhmann in den eigenen

Reihen. Der wütenden CDU bleibt aber nichts anderes übrig, als ihm zu folgen. Im **Dezember** beschließt die Große Koalition: Es bleibt den Kreisen überlassen, ob sie die Gebühr erheben wollen oder nicht.

Was bleibt sind Fragen: Freut sich Stegner immer noch auf den Fraktionsvorsitz? Warum hat Carstensen soviel Angst vor dem nordfriesischen Kreistag? Und was wollte er eigentlich nochmal in Indien?



Am 24. Januar 2007 beschließen die Abgeordneten von CDU und SPD gemeinsam, künftig Schulbusgebühren zu erheben.



SSW: Schulbusgebühren wieder ganz abschaffen

Der SSW hat die Große Koalition aufgefordert, rückwirkend zur alten gesetzlichen Regelung für Schülerbeförderung zurückzukehren. Dadurch würden die Kreise keine Elternbeteiligung erheben, könnten aber bisherige Lösungen - wie das 60 €-Schülerticket im Kreis Schleswig-Flensburg - wieder einführen. Dies

sei besser als wie geplant aus der Muss-Bestimmung der Elternbeteiligung im Schulgesetz eine Kann-Bestimmung zu machen. Dadurch wird die Entscheidung nur auf die Kreise abgewälzt, kritisierte Anke Spoorendonk im Landtag.

Foto: dpa



Runter vom Gas!

Der SSW hat sich im Landtag für ein Tempolimit auf Autobahnen stark gemacht, weil es das Klima schont und Menschenleben rettet.

„Wir müssen uns endlich von der deutschen Freifahrt-Ideologie verabschieden, die niemals als Freifahrtsschein für mehr CO₂-Ausstoß und mehr Verkehrstoten dienen kann“, hatte Harms schon im Frühling angesichts der aktuellen Verkehrstotenstatistik gesagt.

Rasen tötet!

„Über 40% aller schweren Unfälle auf Autobahnen sind auf zu hohe Geschwindigkeiten zurückzuführen“, sagte Harms im Herbst im Landtag und unterstützte einen Antrag der Grünen.

Rasen tötet! Ein schlagkräftiges Argument gegen unbegrenztes Rasen in Deutschland, das übrigens als einziges EU-Land den Autofahrern auf Autobahnen keine Zügel anlegt. Dabei zeigte das Tempolimit

zwecks Energiesparen, das 1973 eingeführt wurde, dass ein Tempolimit Leben schützen kann: die Zahl der Getöteten und Verletzten sank damals nämlich dramatisch.

Klimawandel fordert Umdenken!

Lars Harms beharrte auf dem einleuchtenden Zusammenhang, wonach langsame Autos weniger Sprit verbrauchen und dementsprechend weniger Abgase in die Umwelt pusten. Ein Tempolimit wäre ein unverzichtbares Signal für einen grundlegenden Kurswechsel, „damit es insbesondere in der Automobilindustrie endlich zu einem Umdenken in der Produktion kommt.“ Denn letztlich führe kein Weg an einem Umdenken vorbei: „Wenn wir es mit dem Klimaschutz wirklich ernst meinen, müssen wir auch den Mut haben, die heilige Kuh Bundesautobahn anzupacken.“

Gastwirteschutz vor Nichtrauchererschutz



Die Große Koalition hat monatelang über das Nichtrauchererschutzgesetz gestritten - dadurch wurde es nicht besser.

Lars Harms forderte einfache und klare Regeln beim Nichtrauchererschutz: „Rauchen in öffentlichen, geschlossenen Räumen ist verboten. Punkt. Ohne Wenn und Aber.“

So hatte sich anfangs auch die Gesundheitsministerin Gitta Trauernicht (SPD) festgelegt. Doch sie hatte die hartnäckige Lobby von Kneipenpächtern und Gastwirten un-

terschätzt. Die setzte den Sommer über den Großkoalitionären sehr zu und schließlich knickten zuerst die CDU und dann die SPD ein.

Zu viele Ausnahmen

Nach hektischen Debatten hinter verschlossenen Türen und gegen bessere Einsicht sollen beim Nichtrauchererschutz ab den 1. Januar nun mehrere Ausnahmen gelten, unter anderem bei Zeltfesten und in Dorfkneipen. Harms zeigte sich von dem Ergebnis enttäuscht: „Der Geldbeutel mancher Gastwirte hat Vorrang vor den Lungen der Nichtraucher.“ Die Chance für einen klaren Nichtrauchererschutz wurde in Schleswig-Holstein vertan. Deshalb stimmte die SSW-Abgeordneten gegen das löchrige Gesetz.



Foto: Flensborg Avis

Imponerende 100 % til Meyer

SSWs landsmøde har genvalgt **Flemming Meyer** som SSWs landsformand for yderligere to år. Alle 84 delegerede stemte for den 55-årige lærer fra Hanved. Flemming Meyer, der overtog formandsposten fra Gerda Eichhorn i 2005, fik dermed en imponerende kvittering for sit engagerede formandskab. Landsmødet bekræftede derudover **Heinz-Günter Hergesell** som anden næstformand for partiet og **Silke Hinrichsen** og **Elke Putzer** som bisiddere i landsstyrelsen. Første næstformand **Rüdiger Schulze** vil også fremover fungere som partiets "Schatzmeister".

Landsmødet kræver nyvalg

Det var de aktuelle politiske stridsemner elevtransport og nyvalg der stod i forgrunden for SSWs landsmøde 2007 den 15.09. i Husum.

SSWs delegerede fra distrikter og amter besluttede en resolution mod den nye forældrebetaling til skolebusser på landet. SPDs landdagsmedlemmer blev opfordret til at følge deres eget landsmøde og omgående at afskaffe skolebusgebyrerne igen.

Desuden opfordrede de delegerede enstemmigt den store CDU-SPD-koalition i Kiel til at udskrive nyvalg. Baggrunden er, at partierne ikke kan blive enige om noget som helst længere. "For at undgå flere års stilstand i landspolitikken må den store koalition drage konsekvenserne og udskrive nyvalg i utide," hedder det i



Region Sønderj.-Schleswig

SSW'ernes resolution. Heri understreger landsmødet ligeledes, at SSW fremover også vil være åben for at deltage i en regering.

Landsmødet besluttede også landsstyrelsens udkast til nye standpunkter vedrørende det dansk-

tyske samarbejde i Region Sønderjylland-Schleswig. Disse standpunkter, som vi dokumenterede i juli-udgaven, udkommer nu som brochure (se *faktaboksen*).

Resolutionerne findes på vores hjemmeside under presseservice/textservice. Det næste ordinære landsmøde finder sted den 20. september 2008. Inden da vil de delegerede dog indkaldes til et ekstraordinært landsmøde i marts, hvor SSWs kandidater og program til kommunalvalget 2008 besluttet.

Nyt SSW-design

I november fik en række af SSWs hjemmesider et nyt design. Både partiets hovedside www.ssw.de, amtsforbundenes hjemmesider og de to eksisterende distriktssider er blevet mere moderne og overskuelige. Desuden



har vores landdagsmand fået moderniseret www.lars-harms.de. Flere distrikter vil følge med egne hjemmesider starten af næste år.

service

SSW-Standpunkte



Meilensteine für das Grenzland

Visionen und Forderungen des SSW für eine engere deutsch-dänische Zusammenarbeit in der Region Schleswig-Sønderjylland

SSW Für uns im Norden.

Brochuren

SSWs standpunkter bliver for tiden oversat til dansk og udkommer så i en tosproget version i starten af 2008. Den tyske del kan allerede downloades i den tyske medlemservice på vores hjemmeside www.ssw.de under "Infomaterial".



Foto: Flensburg Avis

Landdagen gjorde mindretals-status

Regeringen har gjort sin mindretalspolitik op for de sidste fem år. SSWs facit: det går godt, men ikke godt nok.

På december-landdagsmødet drøftede parlamentet også landsregeringens *Minderheitenbericht 2007* der gør status over slesvig-holstens mindretalspolitik fra 2002 til 2007. Ministerpræsidenten fremhævede at der har været fremskridt, bl.a. ved forhøjelsen af elevtilskuddene til Dansk Skoleforening. Her har man opnået en ligestilling med tyske elever.

Anke Spoorendonk udtrykte sin anerkendelse for disse fremskridt, advarede dog også imod at bruge de gode resultater som en sovepude. "Der er lang vej igen, når det gælder mindretallets sproglige ligestilling i NDR og andre medier. Vi har behov for at udvikle København-Bonn-erklæringerne fra 1955 på medieområdet," sagde SSWs førstevinde. Desuden mindede hun regeringskoalitionen om, at den har lovet en løsning på Skoleforeningens elevtransport-problematik i 2008.

Lars Harms krævede for friserne, at også kommunerne må tage frisiskloven til sig og bruge muligheden for at have skilte, brevpapir osv. på to sprog. "Hvis ikke de følger dette op i de næste år må Landdagen konkretisere loven og gøre den mere forpligtende", advarede SSWs landdagsmand. Friseren krævede ligeledes mere mindretalssprog i NDR: "Tre minutters frisisk radio om ugen er langtfra nok".

service

Minderheitenbericht

med informationer om de tre mindretal i Slesvig-Holsten og det tyske mindretal i Sønderjylland kan downloades som pdf-fil fra www.ssw.de under [presse-service/textservice](http://www.ssw.de/under/presse-service/textservice).



Foto: dpa

Hat er Schleswig-Holstein schon verkauft?

Vorpreschen und wieder den Schwanz einziehen scheint die Devise Peter Harry Carstensen beim Nordstaat zu sein.

Der Ministerpräsident war schon einmal verhaltenauffällig geworden, als er kurz nach seiner Wahl verkündete, er wolle der letzte MP Schleswig-Holsteins sein - um anschließend zurückzurudern. Im November bei einem Treffen mit Hamburgs regierendem Bürgermeister Ole von Beust verkündete Carstensen nun wieder Neues vom Nordstaat. Schleswig-Holstein und Hamburg wären "auf dem Weg zum Standesamt" und müssten "jetzt schon so handeln wie ein Land".

Deshalb forderte Lars Harms den Ministerpräsidenten vor zwei Wochen im Landtag auf, endlich klar Farbe zu bekennen: "Herr Ministerpräsident; Sie können nicht in Hamburg Herrn von Beust ein-

deutige Avancen machen, während sie Zuhause immer wieder zurückrudern. Sagen sie den Schleswig-Holsteinern klipp und klar, ob sie ihr Land abschaffen wollen oder nicht."

Die Antwort Carstensen fiel eher nebulös aus. Dafür waren die Aussagen der Abgeordneten umso klarer. CDU-Fraktionschef Johann Wadephul: "Bei den jetzigen grundgesetzlichen Voraussetzungen zur Finanzverfassung und Finanzverteilung ist ein Nordstaat völlig ausgeschlossen." Der SPD-Innenpolitiker Klaus-Peter Puls: "Wir streben keinen gemeinsamen Nordstaat mit Hamburg an."

Am Ende war klar: Auch die CDU und die SPD haben die spontanen Launen ihres Ministerpräsidenten satt. Dass er sich ändert, glaubt aber wohl kaum jemand. Wir warten gespannt auf das nächste Mal...



Foto: Flensburg Avis

SSW-Erfolg: Tariftreue ausgeweitet

Am Ende hat sich der SSW-Vorschlag wieder durchgesetzt: Das Tariftreuegesetz wird bis 2010 verlängert und gilt nun auch für Busfahrer.

Tariftreue ist das Mittel der Wahl gegen Lohndumping. Daneben unterstützt die Vorschrift, wonach bei öffentlichen Ausschreibungen heimische Tarifvereinbarungen einzuhalten sind, auch noch die lokale Wirtschaft. Sie kann mit der Tariftreue im Rücken gegen Dumping-Betriebe mithalten. So können sogar eingefleischte Wirtschaftsliberale von den Vorzügen gerechten Wettbewerbs überzeugt werden.

Gute Erfahrungen

„Alle haben gute Erfahrungen mit dem Tariftreuegesetz gemacht,“ berichtet 'Mr. Tariftreue' Lars Harms von Gesprächen mit Unternehmern, Baubetrieben und Kommunalpolitikern.

Ohne Tariftreue sind das Land und die Kommunen bei Ausschreibungen zur Auswahl des billigsten Unternehmens gezwungen. Immer mehr Beschäftigte wehren sich aber gegen die "wirtschaftlichen" Argumente, die sie ihre Arbeitsplätze kosten - zuletzt Busfahrer aus Kiel, Lübeck und Stormarn im Sommer.

Länger und mehr

Der Protest kam gerade Recht um die Notwendigkeit der Gesetzesänderung zu unterstreichen, die Lars Harms schon 2006 in den Landtag eingebracht hatte. Der SSW-Wirtschaftspolitiker schlug vor, das bis März 2008 befristete Tariftreuegesetz zu verstetigen und auf Dienstleistungen auszuweiten. Das Ergebnis ist ein Kompromiss, mit dem Harms leben kann: Das Gesetz gilt nun bis 2010 und der Geltungsbereich wurde zumindest auf den Bereich des Öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) ausgeweitet.

Mindestlöhne schützen

Der SSW hat sich im Landtag für einen gesetzliche Mindestlohn ausgesprochen, weil er unter anderem vor Altersarmut schützt.

Vollbeschäftigte müssen so viel verdienen, dass sie ihre Existenz damit bestreiten können. Inzwischen arbeitet allerdings jede dritte Vollzeitkraft im Niedriglohnbereich, das heißt, ihr Gehalt liegt 75% unter dem Durchschnittslohn. „Damit kann keine Familie ernährt

werden,“ warnt der SSW-Sozialexperte Lars Harms. Wenn weiter rücksichtslos privatisiert werde, bedeute das die weitere Senkung von Mindeststandards und in der Zukunft einen dramatischen Anstieg der Zahl armer Rentner. Darum forderte Harms: „Es muss schleunigst ein Mindestlohn her, der in einer Kommission festgelegt wird“ und die Verhandlungen der Tarifparteien unterstützt.



Foto: Flensburg Avis

Gemeinschaftsschulen sind der Renner

Während die Schulen und Gemeinden im Land immer mehr die Vorzüge der Gemeinschaftsschule entdecken, bekommt die CDU langsam kalte Füße.

Allein für 2008/2009 liegen dem Bildungsministerium 56 Anträge auf Bildung einer Gemeinschaftsschule vor. Dieser Erfolg wird langsam auch der CDU unheimlich, die sich nie für das gemeinsame Lernen erwärmen konnte. Statt die Schulreform als Erfolg zu sehen, würde sie nun am liebsten die Bremse

ziehen. Als der Landtag im Dezember über den Fortschritt der Schulreform debattierte, wollte die CDU-Schulpolitikerin Susanne Herold festschreiben lassen, dass Gemeinschaftsschulen nur noch dort genehmigt werden dürfen, wo eine Regionalschule vorhanden ist. Dies rief wiederum Anke Spoorendonk auf den Plan: „Es kann nicht sein, dass die Regionalschulen zu Regelschulen erklärt werden und die Gemeinschaftsschule nur ein zusätzliches Angebot ist.“



Foto: Flensburg Avis

Politik für Kinder - statt Sonntagsreden

Seit vielen Jahren fordert der SSW eine bessere Fürsorge für Kinder und Jugendliche. Genau das sollte das neue Kinderschutzgesetz einlösen, doch weit gefehlt.

„Wer große Erwartungen gehegt hat, sieht sich enttäuscht,“ bilanzierte Lars Harms im Landtag. Sozialministerin Trauernicht will keine Stärkung bestehender Strukturen, sondern setzt stattdessen auf die Auflage neuer Broschüren, den Aufbau eines neuen Einladungsverfahrens für die Vorsorgeuntersuchungen und die Vernetzung der Akteure.

SSW will aufsuchende Hilfe

Von einer „aufsuchenden Gesundheitsfürsorge“ nach dänischem Vorbild, bei der „Gesundheitsschwestern“ allen Familien Hilfe und Unterstützung anbieten, will die Ministerin nichts wissen. Der Grund liegt laut Harms auf der Hand: „Auf-

suchende und nachsorgende soziale Dienste der Sozial-, Jugend- und Gesundheitsämter kosten Geld.“ Geld, das die Landesregierung nicht investieren will. Harms resigniert: „Die Landesregierung hegt keine Absicht, die finanziellen Rahmenbedingungen für den Schutz der Kinder wesentlich zu verändern.“



Foto: Sundhedstj.

Klare Zuständigkeit

Das neue, bundesweit einmalige Kinderschutzgesetz enthält aber auch gute Ansätze, unter anderem eine klare Kompetenzfestlegung der Jugendämter, deshalb stimmte der SSW im Dezember bei aller Kritik dafür.

Die Große Koalition hält aber mehr Sonntagsreden über die Kinder- und Jugendpolitik als zu handeln.



Foto: Dansk Sundhedstjeneste

Ungesunde Kinder

Die Landesregierung legte im Herbst einen Kinder- und Jugendgesundheitsbericht vor, der erstmals detailliert Auskunft über diese Altersgruppe gibt. Die Ergebnisse sind erschreckend.

Besonders Sprösslinge aus Familien mit einem niedrigen Sozialstatus sind Risiken ausgesetzt. Im Vergleich zu Kindern mit hohem sozialen Status rauchen sie häufiger, ernähren sich ungesünder, sind im Alter von 11 bis 14 viermal so häufig übergewichtig, haben mehr psychische Probleme, sehen dreimal soviel Fernsehen, betreiben doppelt so häufig *keinen* Sport, putzen sich weniger häufig täglich die Zähne, haben doppelt so

häufig Gewalterfahrungen und werden seltener zu Früherkennungsuntersuchungen gebracht.

SSW fordert Anstrengung

Lars Harms forderte besondere Anstrengungen, um Eltern aus sozial schwachen Familien und Migrantenfamilien besser aufzuklären. „Die bisherige kommunale Gesundheitspolitik macht mich aber nicht unbedingt hoffnungsfroh, dass die unerträgliche Benachteiligung dieser Kinder zügig gemindert geschweige denn beseitigt wird.“ Es hängt nämlich vom finanziellen Engagement der Landesregierung ab, ob die Kommunen ihre Präventionsaktivitäten wirklich entsprechend ausweiten können.

Kein Mittagessen

Das bewies sie, als die Opposition die Einrichtung eines Sozialfonds forderte, damit jedes Kind in seiner Kita und in seiner Schule Zugang zu einem kostengünstigen warmen Mit-

tagessen bekommt. Kinder aus Hartz-IV-Familien können die Kosten einer Mittagessatz von 2,57 Euro für alle Mahlzeiten eines Tages nämlich unmöglich aufbringen. Die Große Koalition lehnte trotzdem ab.



Fotos: Flensburg Avis

Der SSW hat von der Landesregierung einen Aktionsplan gefordert, um der steigenden Nachfrage nach Dänisch-Unterricht für Kinder und Erwachsene gerecht zu werden. Die Landesregierung hat aber nur einen Bericht vorgelegt, der wenig neue Perspektiven aufzeigt. Das Urteil des SSW: Mangelhaft.

Die Haltung, Dänisch lediglich als Hobby und „Alltagshilfe“ für Grenzlandbewohner einzustufen und dementsprechend zu vernachlässigen, rächt sich heute.

Dänisch als Eintrittskarte

„Dänisch-Kenntnisse sind heute die Eintrittskarte zu neuen Jobchancen“, sagt Anke Spoorendonk. Der Trend gehe aber in die völlig falsche Richtung: „Die Zahl der Schüler und Kindergartenkinder, die Dänisch lernen, stagniert.“ Darum fordert der SSW unverzüglich einen Aktionsplan, um mehr Menschen den Zugang zur Sprache des nördlichen Nachbarn zu ermöglichen.

Bis 2010 muss sich etwas ändern: Der Dänisch-Unterricht solle in allen Bildungsinstanzen, einschließlich der Erwachsenen-Bildung umgehend intensiviert und das Angebot ausgebaut und entsprechende Fort- und Weiterbildung qualifizierten Lehrpersonals in die Wege geleitet werden.

CDU und SPD haben keine Argumente

CDU und SPD beklagten in der Landtagsdebatte zwar auch das sinkende Niveau, wollten aber nicht umsteuern. Nur mit den Argumenten für das Beibehalten eines eindeutig falschen Kurses tat man sich dann etwas schwer. Schließlich kam

Wir brauchen mehr Dänisch-Unterricht!

Detlef Buder (SPD) darauf, dass „Englisch die wichtigste Fremdsprache“ ist.

Ministerin will keinen Aktionsplan

Bildungsministerin Ute Erd-siek-Rave (SPD) lehnte einen Aktionsplan ab, weil für sie eine „aktive Sprachenpolitik des Landes“ nicht in Frage kommt. Außerdem sinke die Zahl der Kinder, die Dänisch lernen. Die Ministerin vertraut auf das „Prinzip von Angebot und Nachfrage“. Sie wird erst dann mehr Lehrkräfte einstellen, wenn der „Bedarf wirklich da ist“,

Spoorendonk. Wenn aber gar keine Strukturen da sind, was aus verschiedenen Antworten der Landesregierung auf Anfragen des SSW hervorgeht, könne man sich gar nicht entscheiden.

Der Bedarf ist da

Die Forderung der Ministerin, dass es auf „Ideen aus der Mitte der Bevölkerung“ ankomme, stießen bei Spoorendonk auf völliges Unverständnis, denn die regionalen Akteure würden bei jeder Gelegenheit auf die Defizite in der Sprachvermittlung hinweisen. Handwer-



was auf nichts anderes als eine Bankrotterklärung hinauslief, denn entsprechend ausgebildete Fachlehrer fallen nicht vom Himmel. Dabei will der Aktionsplan ausdrücklich Strukturen schaffen, „die es den Menschen ermöglichen, die Sprache des Nachbarn zu erlernen“, erläuterte Anke

ker gehen Aufträge aus Dänemark durch die Lappen, dänische Kunden werden nicht verstanden und letztlich greift die Wahlfreiheit der Arbeitnehmer nicht, wenn diese aufgrund fehlender Rahmenbedingungen nicht die Sprache des gemeinsamen Arbeitsmarktes lernen könnten.

Der Motorola-Rückzug ist ein Fanal

Der Abschied Motorolas von seinem Standort Flensburg mahnt zu einem Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik, meint der SSW.

Das einstige Vorzeige-Werk des amerikanischen Mobilfunk-Giganten „Motorola“ in Flensburg wird geschlossen. 700 Mitarbeiter werden entlassen und darüber hinaus wahrscheinlich 300 Beschäftigte in Zulieferbetrieben.

Für Anke Spoorendonk hat der „Fall Motorola“ Bedeutung für das gesamte Land, verdeutlicht er doch, wie global agierende Konzerne die landespolitische Wirtschaftspolitik vorführen. „Im Wanderzirkus Globalisierung kann Schleswig-

Holstein nicht mithalten,“ warnte Spoorendonk, deren Partei bereit bei der letzten Entlassungswelle die Rückzahlung von Fördergeldern von Motorola gefordert hatte.

Wirtschaftsraum im Norden stärken

Der SSW empfahl einen Kurswechsel. Der Wirtschaftsraum im Norden müssen gestärkt werden: durch bessere Kooperation mit den dänischen Nachbarn, einer nachhaltigen Hochschulpolitik am Standort Flensburg und der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, im besonderen, indem die Nord-Süd-Achsen ausgebaut werden würden.



Foto: Flensburg Avis

SSW sorgt für Erhalt des BIAT in Flensburg

Anke Spoorendonk hatte den richtigen Riecher, als sie die Landesregierung nach der Zukunft des Berufsbildungsinstituts Arbeit und Technik (BIAT) fragte.

Denn tatsächlich war ein Tausch des Flensburger BIAT gegen die Realschullehrerausbildung vorgesehen.

Die SSW-Bildungsexpertin Spoorendonk hielt von dem Kuhhandel gar nichts: „Hier werden Äpfel mit Birnen verglichen.“ Doch schwe-

rer wögen die Nachteile: Während die Kieler Universität mit dem „Fremdkörper“ BIAT gar nichts anfangen könne, ginge Flensburg ein wichtiger Drittmittelwerber verloren, der außerdem noch unverzichtbar für das Image der Universität als Forschungsstätte für Vermittlungswissenschaften sei.

Der vom SSW ausgehende öffentliche Druck war stark genug: das BIAT bleibt an der Universität Flensburg.



Foto: dpa

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe freut sich schon darauf, dass Schleswig-Holstein bald seine Verfassungsstreitigkeiten selbst klärt.

Schleswig wird Sitz des Verfassungsgerichtes

Schleswig-Holstein war bisher das letzte Bundesland ohne eigenes Verfassungsgericht: entsprechende Verfahren wurden vom Bundesgericht in Karlsruhe verhandelt.

Ab nächstem Jahr ist Schluss mit dieser Ausnahme: auch unser Bundesland bekommt ein ehrenamtliches Landesverfassungsgericht, das zusammentritt, wenn jemand die Landesverfassung verletzt sieht.

Während im Landtag Einigkeit über die Einrichtung eines entsprechenden Gerichtes bestand, gab es Gezänk über den Standort. Für Anke Spoorendonk kam von Anfang an nur Schleswig in Frage, schließlich ist dort bereits neben anderen Gerichten auch das Oberlandesgericht zu Hause. Die Nutzwertanalyse des Justizministeriums kam zu gleichen Schluss, so dass sich der Landtag einhellig für Schleswig aussprach.



Am 28. Juni brannte ein Trafobaus des Atomkraftwerks Krümmel.

Foto: dpa

Vattenfall wirklich ein AKW betreiben sollte.“

Ministerium beschönigte

Aber auch die Atomaufsicht, die in Schleswig-Holstein durch Sozialministerin Gitta Trauernicht (SPD) ausgeübt wird, bekam vom SSW ihr Fett weg. Der Sprecher der Sozialministerin hatte den Störfall in Krümmel mit einer Vollbremsung bei einem Auto verglichen, bei dem auch einmal eine Radkappe wegfliegen

könne. Das brachte Anke Spoorendonk auf die Palme: „Wir sind es gewohnt, dass die Betreiber von Atomkraftwerken uns mit Halbwahrheiten abspesen. Wenn jetzt aber so-

gar die staatliche Atomaufsicht Störungen beschönigt, wem sollen die Bürger dann noch trauen?“

Aber viel schlimmer noch ist: heute hat der Staat gar nicht die Möglichkeit, eine AKW-Betriebsgenehmigung zu versagen; die Atomaufsicht kann lediglich Nachbesserungen verlangen.

Atomgesetz ändern!

Eine schlimme Gesetzeslücke findet Lars Harms, der das Atomgesetz umgehend geändert wissen möchte: „Es kann nicht sein, dass man gastronomische Betriebe bei mangelnder Hygiene schließen kann, aber ein Atomkraftwerk trotz immer wiederkehrender Verfehlungen weiterlaufen darf.“ Darum forderte der SSW die Möglichkeit der befristeten Genehmigung im Atomgesetz, bei der die Kraftwerksbetreiber ihre Kompetenz belegen müssen. Gleichzeitig unterstrich er die Notwendigkeit des Atomausstiegs. Auch ohne zwei große Kraftwerke, die in Rekordzeit vom Netz mussten, kam es nicht zu Lieferengpässen.

Mehrere Störfälle im Sommer stellten abermals die Sicherheit der Pannen-Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel in Frage. Der SSW forderte eine Änderung des Atomgesetzes, um marode AKWs und unverantwortliche Betreiber wie Vattenfall dauerhaft aus dem Verkehr ziehen zu können.

Wie wichtig eine effiziente Kontrolle ist, zeigte spätestens die Notabschaltungen der beiden Vattenfall-Atommeiler in Krümmel und in Brunsbüttel. Am 28. Juni mussten innerhalb von zwei Stunden beide Kraftwerke abgeschaltet werden, und das nur unter erheblichen Problemen.

In einer hitzigen Debatte im Juli kritisierte SSW-Energieexperte Lars Harms die unzureichenden Sicherheitsstandards und die verspätete Informationspolitik des Betreibers. Lauter Fehler

und Pannen und das ausgerechnet bei einer Risikotechnologie.

Frittenbude wäre stillgelegt

Darum forderte Harms, den Betreiber die Betriebserlaubnis zu entziehen, weil diese sich unverantwortlich verhalten hätten: „Wenn ein Imbissbesitzer so mit den Behörden umgegangen wäre, wie der Krümmel-Betreiber mit dem Sozialministerium, dann wäre seine Frittenbude längst stillgelegt. Deshalb ist es nur konsequent zu fragen, ob

SSW fordert Preiskontrolle für Energiekonzerne

Die Energiekosten für die privaten Haushalte sind in den letzten Jahren nahezu explodiert. Nutznießer der Preisschraube sind die vier großen Stromkonzerne, die sich Deutschland aufgeteilt haben.

SSW-Vorsitzender Flemming Meyer kritisierte im November den Höhenflug von „Vattenfall“: „Während die großen Energiekonzerne wegen der Unternehmenssteuer-

reform Rekordgewinne einfahren, befürchten viele ALG II-Empfänger, dass sie bald nicht mehr ihre ständig steigende Stromrechnung bezahlen können. Diese Art der Umverteilung auf dem Rücken der Schwächsten ist skandalös.“

Meyer forderte die Große Koalition in Berlin auf, die angekündigten starken Strompreiserhöhungen für 2008 zu verhindern.

Mindretal på godt og ondt

I august måned var SSWs landdagsgruppe sammen med landsformanden på besøg hos det sorbiske mindretal i Sachsen - og fik både inspiration skulderklap med hjem.

“Der er en hel del områder, hvor sorberne er misundelige, når de ser på det danske mindretal. Men der er så sandelig da også punkter, hvor vi kan lære af dem,” resumerer Anke Spoorendonk efter turen. Hun har sammen med Lars Harms, SSW-formand Flemming



Berhard Ziesch, Lars Harms og Flemming Meyer i den lukkede sorbiske mellemskole Panschwitz-Kuckau.

Meyer og to medarbejdere brugt to dage på at lære det andet store mindretal i Tyskland bedre at kende. Udover besøg hos hovedorganisationen “Domowina” har de blandt andet set på det sorbiske kulturarbejde skolevæsen, museum, radio og sproginstitut. Desuden blev der ført samtaler med et sorbisk landdagsmedlem, officielle repræsentanter for byen og landråden for Bautzen.

Sorberne er kendt for, at de i DDR havde et tæt forhold til staten og således sikrede deres mindretalsrettigheder. “Dette tætte forhold til staten kan man se den dag i dag - på godt og ondt,” siger Anke Spoorendonk.

Konsekvent tosprogethed

Det er godt der, hvor kommunerne, delstaten og forbundsregeringen sikrer mindretallets rettigheder til at bruge dets eget sprog: Sorberne har radio og tv i Mitteldeutscher Rundfunk (MDR), de har tosprogede gadenavne og selv personnavne findes i tysk og sorbisk udgave. Således hedder Domowinas direktør Bernhard Ziesch/Bjarnat Cyž.

En ting Anke Spoorendonk gerne vil overføre til det danske mindretal er sorbernes repræsentation i styrelsen for MDR. “Sorberne gjorde det klart for os, at vi kun kan varetage vores mediepolitiske interesser fornuftigt, hvis vi kæmper for at få sæde i NDRs ‘Runkfunkrat’,” fortæller hun.

Kommunal mindretalspolitik

Lars Harms har bidt mærke



SSWs Lars Harms og Anke Spoorendonk med Domowina's direktør Bernhard Ziesch foran sorber-organisationens hovedsæde i Bautzen. Tosprogede gadenavne er en selvfølge i Lausitz-Regionen.

i at kommunerne og landkredsen har egne mindretalskommitterede i forvaltningen og at byråd og kreds dag i Bautzen drøfter halvårslige mindretalsberetninger. “I det hele taget kunne vores kommuner lære af den positive holdning, som de officielle repræsentanter for flertalsbefolkningen har til det sorbiske mindretal.”

Skolelukninger

Men det tætte forhold til offentlige institutioner har også en skyggeside. Dybt indtryk efterlod hos SSW-erne besøget i flere sorbiske skoler der er blevet nedlagt af landet Sachsen, fordi de havde for få elever. “Skolerne kunne lukkes så hurtigt, fordi det er offentlige skoler. Det danske mindretal har en enorm fordel i, at vi har vores eget skolevæsen som vi selv admini-

strerer. Så kan flertallet ikke bare lukke og slukke, bare fordi en skole ligger en enkelt elev under den officielle klassekvote,” mener Anke Spoorendonk.

Eget parti er vigtigt

En ting både landdagsmedlemmerne og landsformanden registrerede var, at sorberne er misundelige på det

danske mindretal og friserne, fordi vi har SSW. “Sorberne kan kun lave lobbyarbejde ved at Domowina henvender sig til regeringen eller til de to enkelte sorbere, der sidder i landdagen og forbundsda-gen for Links-partei hhv. CDU. De store problemer med forbundsregeringens sorbertilskud viser, at dette fungerer langt dårligere end hvis man har et eget parti,” påpeger Flemming Meyer.



Bautzen har brev-papir og officielle bro-churer på to sprog.

Die Fakten

European Free Alliance (EFA)

wurde 1981 gegründet

- ist ein Zusammenschluss von 33 Minderheiten- und Regionalparteien aus 20 Staaten mit 25 verschiedenen Sprachen.

- ist seit 2004 auf EU-Ebene als Europäische Partei anerkannt.

Die Mitgliedsparteien haben über 200 gewählte Vertreter in Parlamenten auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene in 13 EU-Staaten.

4 Mitgliedsparteien haben 5 Sitze im Europaparlament.

4 Mitgliedsparteien sind an Regierungen beteiligt.

- setzt sich besonders für eine dezentrale Politik ein. Ihre Ziele sind unter anderem mehr Einfluss für die Regionen, eine Abkehr von der rein wirtschaftlichen Ausrichtung der EU, demokratische Reformen der EU-Institutionen sowie die Bewahrung und der Schutz der sprachlichen und kulturellen Vielfalt der EU.

www.e-f-a.org



Die EFA-Delegation mit Nelly Maes (2. v.r.) mit den zwei SSW-Landtagsabgeordneten in Flensburg.

Die EFA buhlt um den SSW

Zum ersten Mal haben sie in den 80er Jahren beim SSW angefragt. Jetzt sind führende Vertreter der EFA wieder vorstellig geworden. Ihr Wunsch: Der SSW soll der Europäischen Freien Allianz beitreten.

ber lernten die Vorsitzende Nelly Maes und andere EFA-Vorstandsmitglieder nun den SSW und die dänische und friesische Minderheit näher kennen.

sich alle Mitgliedsparteien vorwiegend mit Fragen der regionalen Wirtschaftspolitik, mit Minderheitenpolitik und mit regionaler Selbstbestimmung - alles auch klassische SSW-Themen.

Konkrete Vorteile

Nelly Maes, die schon für den moderaten Flügel der Flamen im EU-Parlament, im Belgischen Parlament und im flämischen Regionalparlament saß, warb für die Vorteile einer EFA-Mitgliedschaft. Der SSW hätte durch die EFA-Parlamentarier direkten Zugriff auf Informationen aus Brüssel und könnte auf diesem Weg auch selbst regionale Themen aus Schleswig-Holstein auf die Tagesordnung der EU setzen. Außerdem gebe es einen regen Erfahrungsaustausch der Mitglieder, der allen zugute kommt. Schließlich beschäftigen

Der SSW hat Bedenkzeit

Der SSW-Vorsitzende Flemming Meyer kündigte am Ende des Besuchs an, dass der SSW mit seinen Mitgliedern jetzt intensiv das Für und Wider einer EFA-Mitgliedschaft diskutieren werde, bevor der Landesparteitag im September 2008 die Entscheidung trifft. Sollte der SSW sich für eine EFA Mitgliedschaft entscheiden, dann wird er erst für ein Jahr als "Probemitglied" aufgenommen. So haben sowohl der SSW als auch die EFA die Möglichkeit einander gründlich anzusehen, bevor sie sich das endgültige Jawort geben.



Der Zusammenschluss der Minderheiten- und Regionalparteien in Europa möchte den SSW als Mitglied gewinnen. Dafür gab es im Sommer ein erstes Gespräch mit Flemming Meyer, Anke Spoorendonk und Lars Harms in Brüssel. Bei einem Besuch in Kiel und Flensburg im Novem-



Nordfrislands amt

Opstilling: 6. februar 2008
Antal kreds-kandidater: 27
Valgform: medlemsmøde



Flensburg by

Opstilling: 8. november 2007
Antal kandidater: 24
Valgform: medlemsmøde

Amterne forbereder kommunalvalg '08

I starten af 2008 lægger SSWs amtsforbund det personelle grundlag for kommunal-valgkampen.

SSW i Flensburg by har allerede valgt sine kandidater på et medlemsmøde den 8. november. 62 medlemmer var med til at vælge 24 mænd og kvinder der skal drage i valgkamp med byrådsgruppens formand Gerhard Bethge i spidsen.

Januar: Rendsborg-Egernførde

De andre amter følger trop i de første uger af 2008. Den 21. januar udpeges de 29 hhv. 27 kandidater til kreds-dagene i Rendsborg-Egernførde og Slesvig-Flensburg "traditionelt" på ekstraordinære amtsgeneralforsamlinger. Da SSW fortsat har den gamle kredsopdeling bliver det for sidstnævntes vedkommende et fælles møde for de delegerede i Flensburg Amt og Gottorp amt.

Februar: Nordfrisland og Slesvig-Flensburg

Det sidste valg finder sted i februar i Nordfrisland, hvor alle amtet medlemmer bliver inviteret til at bestem-

me deres 27 mænd og kvinder til kreds-dagen.

Valg uden 5 %-grænse?

Især i Rendsborg-Egernførde amt kan man gøre sig visse forhåbninger om, at kampen om at genvinde kreds-dagsmandaterne kunne få et turbo-skub i marts måned, når forbundsforfatningsdomstolen tager stilling til, om 5 %-spærregrænsen til kommunalvalg er legitim. Hvis dommerne giver de grønne medhold i deres klage, vil det blive væsentligt nemmere for SSW at komme ind i Syd-slesvigs sydligste kreds-dag og en række byer, hvor vi hidtil lå omkring de 5 %.

Vil du hjælpe?

Amterne har brug for hver en hånd. Hvis du som SSW-medlem vil hjælpe til i kommunalvalgkampen der hvor du bor, så henvend dig til dit amtssekretariat:

FL by: 0461-144 08 125
FL amt: 0461-144 08 157
Slesvig: 04621-23 888
Husum: 04841-871 405
Egernførde: 04351-2527



Flensburg & Gottorp amter

Opstilling: 21. januar 2008
Antal kreds-kandidater: 27
Valgform: delegeretmøde



Rendsborg-Egernførde amt

Opstilling: 21. januar 2008
Antal kreds-kandidater: 29
Valgform: delegeretmøde

Flensburg-byrådsgruppen aflægger rapport

SSWs byrådsgruppe i Flensburg har fremstillet en avis, der gør rede for dens arbejde i årene 2003-2007.

I avisen, der vil blive delt ud i over 20.000 eksemplarer via "Flensburg Avis" og "Flensburger Tageblatt" den 10. januar, beretter de 11 byrødder og 7 borgerlige medlemmer om egne initiativer, om deres understøttelse til forvaltningens forslag og andre partiers fremstød samt hvordan SSWs største kommunale gruppe ellers har gjort sin indflydelse gældende.

Det er tredje gang, at Flensburg-fraktionen fremlægger en sådan "regnskabsberetning" i slutningen af



en valgperiode. "Vores vælgere skal kunne se, hvad vi har brugt deres stemme til", siger gruppeformand Gerhard Bethge. Han inviterer nu alle Flensborgere til at drøfte SSWs resultater og politik med byrådsgruppen på Flensburg kommunes nytårsreception den 13. januar.



Silke Hinrichsen i medieråd

Efter anbefaling fra SSF og Friisk Foriining har Landdagen valgt SSWs landsstyrelsesmedlem og tidligere landdagsmedlem **Silke Hinrichsen** til "Medienrat Hamburg-Schleswig-Holstein", der kontrollerer de private radio- og tv-kanaler.



Anke fyldte 60 år

Fotos: Flensborg Avis



Den 21. september hyldede SSW sin landdagsgruppe-forkvinde

Alle SSW-distrikter, amtsstyrelserne, familie, danske repræsentanter og gæster fra hele Slesvig-Holsten var af SSWs landsstyrelse inviteret til en reception på Vikingemuseet i Hedeby, der ligger tæt på Ankes fødested i Busdorf.

Retlinet og åben

SSW-formand Flemming Meyer takkede i dagens anledning Anke for engagementet for vores parti: „Anke Spoorendonk har vundet stor respekt blandt kollegaer og vælgere med sin retlinethed og sin åbne tale. Hun står for en kritisk og konstruktiv dialog med regeringen og alle partier i Landdagen. Til Ankes succes'er hører både fremskridt hos tilskuddene til det danske mindretal og resultater for hele befolkningen.”

Talere fra Danmark og Tyskland - deriblandt ministerpræsident Carstensen, seksmandsudvalgsformand Kim Andersen og generalkonsul Henrik Becker-Christensen - understregede, at Anke har formået at fylde de store, folkelige sko ud, som Karl Otto Meyer efterlod, og at hun har givet SSW en selvstændig profil. "Med din åbenhed, debatlyst og redelighed repræsenterer du det danske folkestyre i sin bedste ånd," sagde Kim Andersen.

Mod og styrke

Fleere talere frehævede Ankes mod og styrke efter landdagsvalget 2005. "Selv da hun var udsat for de groveste trusler har hun ikke ladet sig kue og kæmpet videre for sin nordiske demokratiforståelse. Det skylder SSW Anke stor tak for," sagde SSWs formand.



Amtskonsulent

SSF har ansat den 37-årige cand. mag. **Tine Andresen** som ny amtskonsulent for Flensborg amt pr. 1.01.2008. Hun efterfølger **Monika Jansen** der går på pension. Udover at være sekretær for SSF og SSW i Flensborg amt skal Andresen varetage opgaver på tværs af amterne.

SSW siger tillykke



Den 1. november fik fhv. byrådsmedlem og SSW-byformand i Flensborg **Manfred Köhl** Freiherr-vom-Stein-medaljen for over 20 års virke.



Den 15.09. fyldte landdagsgruppens videnskabelige assistent **Jan Ehrenreich** 40.

SSW tager afsked



Den 23. oktober mistede vi pludselig og uventet vores særdeles engagerede kommunalpolitiker, **Günther Merz** fra Tarp i en alder af kun 50 år.

Den 22. oktober afgik 63-årige SSW-kommunerådsmedlem i Harreslev, **Hans Dieter Wiesner**, ved døden.

Æret være deres minde